Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 14. Februar 2011
Ausgabe 030
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **4**
› Konstituierende Sitzung des Ausländerbeirats 4
› Kongress zur Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen 5
› Ausstellung „München – Partner weltweit“ im Rathaus 6
› „München: Ansichtssache?“ schließt am 15. Februar früher 6
› Vortrag „Neue Solartechnik: Heizen mit Eisspeicher“ 6
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 11. bis 13. Februar 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Leiharbeiter bei den SWM – was wusste der Aufsichtsratsvorsitzende? 8
› Asylbewerber in der Bayernkaserne – teure sieben Monate? 12
› Eine „Wucherbande“ aus Ex-Jugoslawien – nur die Spitze eines Eisbergs? 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **17**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 15. Februar, 10 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Pressegespräch „Zehn Jahre Münchner Konzept zur Schulentwicklung an Grund-, Haupt- und Förderschulen (MÜKOS)“ mit Stadtschulrat Rainer Schweppe, der Fachlichen Leiterin des Staatlichen Schulamts, Leitende Schulamtsdirektorin Georgine Müller, Regierungsschuldirektorin Eva Windolf, Schulreferentin für Förderschulen bei der Regierung von Oberbayern, sowie Professor Dr. Joachim Kahlert, Direktor des Münchner Zentrums für Lehrerbildung an der Ludwigs-Maximilians-Universität (LMU), und Dr. Richard Sigel, Projektleiter Münchner Netzwerkschulen an der LMU. Das Projekt „MÜKOS“ wird von der Landeshauptstadt München, dem Staatlichen Schulamt, der Regierung von Oberbayern und dem Münchner Zentrum für Lehrerbildung an der LMU gemeinsam getragen. MÜKOS fördert und unterstützt Vorhaben und Projekte, die in ein Konzept für Schulprogrammarbeit eingebettet sind. Die Landeshauptstadt stellt dafür jährlich rund 300.000 Euro an Fördergeldern zur Verfügung. Schulen können für ihre Projekte Mittel beantragen. Darüber hinaus gibt MÜKOS auch konzeptionelle Anregungen und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Münchner Grund-, Haupt- und Förderschulen.

Donnerstag, 17. Februar, 13.20 Uhr, Preysingstraße 21
Stadträtin Christiane Hacker (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Lotte Stanke im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Donnerstag, 17. Februar, 10 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur konstituierenden Sitzung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München.
(Siehe auch unter Meldungen)

Donnerstag, 17. Februar, 10 Uhr,
Referat für Bildung und Sport, Bayerstraße 28
Eröffnung des Kongresses „Uns geht's ums Ganze -- Mädchen auf Identitätssuche“. Veranstalter ist das Referat für Bildung und Sport gemeinsam mit dem Sozialreferat/Stadtjugendamt, der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München und dem Münchner Fachforum für Mädchenarbeit. Nach der Begrüßung durch Stadtschulrat Rainer Schweppe sprechen Bürgermeisterin Christine Strobl, die Leiterin des Stadtjugend-

amts, Dr. Maria Kurz-Adam, sowie Sabine Wieninger vom Münchner Fachforum Mädchenarbeit.
Um 10.45 Uhr beginnt der Vortrag der Sozialwissenschaftlerin Edith Schlaffer mit dem Titel „Frauen sind heute schon ganz anders, Mädchen auch".
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 22. Februar, 13.25 Uhr, Marienplatz
Oberbürgermeister Christian Ude begrüßt Bundespräsident Christian Wulff. Anschließend hält der Bundespräsident im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses eine Ansprache und trägt sich in das Goldene Buch der Landeshauptstadt ein. Der Besuch im Rathaus findet im Rahmen des Antrittsbesuchs des Bundespräsidenten in Bayern statt. Wulff wird von Ministerpräsident Horst Seehofer begleitet.
Achtung Redaktionen: Es ist eine **Akkreditierung erforderlich**, die für alle Programmpunkte des Antrittsbesuchs in München gilt. Berichterstatter werden gebeten, sich bei der Pressestelle der Bayerischen Staatskanzlei (pressestelle@stk.bayern.de) anzumelden. Da die Daten voraussichtlich einer Überprüfung durch die Sicherheitsbehörden unterliegen, sind folgende Angaben erforderlich: Name, Vorname, Geburtstag und -ort, Angabe des Verlags oder Senders, Tätigkeit. Es wird gebeten, dabei mitzuteilen, ob in München die Mitfahrt im Begleitbus der Staatskanzlei gewünscht ist.
Die Akkreditierungsfrist endet am Mittwoch, 16. Februar, 12 Uhr. Nachakkreditierungen sind nicht möglich!
Am Freitag, 18. Februar, erhalten alle angemeldeten Medienvertreter eine Anmeldebestätigung sowie weitere Informationen zum Programm sowie Angaben zu Ort und Zeitpunkt der Ausgabe der Akkreditierungsausweise.
Die weiteren Programmpunkte in München sind:
Um 9.15 Uhr wird Bundespräsident Wulff auf dem Flughafen Franz-Josef-Strauß von Ministerpräsident Seehofer begrüßt.
Um 10 Uhr erwarten den Bundespräsidenten vor der Residenz München eine Ehrenkompanie der Bayerischen Gebirgsschützen und eine Abordnung der Bayerischen Trachtenverbände.
Um 10.30 Uhr halten Ministerpräsident Seehofer und Bundespräsident Wulff Ansprachen im Antiquarium der Residenz. Der Bundespräsident trägt sich ins Gästebuch der Bayerischen Staatsregierung ein. Anschließend trifft Bundespräsident Wulff mit Vertretern der Bündnispartner des „Wertebündnis Bayern – Gemeinsam stark für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene" zusammen.

Um 11.40 Uhr wird Bundespräsident Wulff von Landtagspräsidentin Barbara Stamm am Maximilianeum begrüßt. Im Konferenzzimmer trägt sich der Bundespräsident ins Ehrenbuch des Bayerischen Landtags ein. Anschließend hält er eine Rede im Plenarsaal vor Abgeordneten und geladenen Gästen.
Um 14.25 Uhr besucht Bundespräsident Wulff die BMW-Welt, Olympiapark 1. Er wird empfangen vom Vorstandsvorsitzenden Dr. Norbert Reithofer und führt unter anderem Informationsgespräche mit Mitarbeitern und Auszubildenden von BMW.
Um 15.45 Uhr fliegt der Bundespräsident mit dem Hubschrauber nach Bamberg.

Donnerstag, 17. Februar, 16 Uhr, Rathaus, Zimmer 200
Bürgermeister Hep Monatzeder übergibt Dr. Ulrich Mauerer die vom Bayerischen Ministerpräsidenten verliehene Auszeichnung für die Rettung von Menschen aus Lebensgefahr. Der Münchner erhält die Auszeichnung für sein mutiges Einschreiten gegen einen Mordversuch.

Meldungen

Konstituierende Sitzung des Ausländerbeirats
(14.2.2011) Am 28. November 2010 wurde der neue Ausländerbeirat gewählt. Die 40 Mitglieder nehmen ihre Arbeit nun offiziell auf und treffen sich zur konstituierenden Sitzung am Donnerstag, 17. Februar, um 10 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses. Nach den Grußworten von Oberbürgermeister Christian Ude steht eine Reihe von Wahlgängen auf der Tagesordnung. Zunächst wählen die Mitglieder ihre neue Vorsitzende oder ihren neuen Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. In einem weiteren Wahlgang werden acht Mitglieder für den Ausschuss für Zuschussvergaben gewählt. Der Ausschuss ist paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Außerdem darf keine Nationalität mehr als zweimal vertreten sein. In einem letzten Wahlgang suchen die Mitglieder sechs Delegierte für ihre Vertretung auf Landesebene. Wer hier gewählt wird, vertritt den Ausländerbeirat München bei der Arbeitsge-meinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY).
Die Vollversammlung ist öffentlich. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Pressevertreterinnen und -vertreter sind herzlich eingeladen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Der neue Ausländerbeirat ist jünger und weiblicher als das bisherige Gremium. 19 Frauen und 21 Männer werden hier zukünftig agieren. Das Durchschnittsalter liegt bei 38 Jahren. Insgesamt sind im neuen Beirat nun 14 unterschiedliche Staatsangehörigkeiten vertreten, acht Personen sind eingebürgert, fünf haben die doppelte Staatsangehörigkeit. Ausführliche Informationen zum Wahlergebnis finden sich im Internet auf *www.wahlamt-muenchen.de* und *www.auslaenderbeirat-muenchen.de*

Kongress zur Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen

(14.2.2011) Am Donnerstag, 17. Februar, und Freitag, 18. Februar, findet im Gebäude des Referats für Bildung und Sport in der Bayerstraße 28 ein bundesweiter Kongress zur pädagogischen Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen statt. Veranstalter des Kongresses mit dem Titel „Uns geht's ums Ganze – Mädchen auf Identitätssuche" sind das Referat für Bildung und Sport zusammen mit dem Sozialreferat/Stadtjugendamt, der Gleichstellungsstelle für Frauen in der Landeshauptstadt München und dem Münchner Fachforum für Mädchenpädagogik. Bürgermeisterin Christine Strobl hat die Schirmherrschaft übernommen.

Der Kongress hat bereits im Vorfeld großes Interesse hervorgerufen – die maximale Teilnehmerinnenzahl ist bereits erreicht, Anmeldungen sind leider nicht mehr möglich. Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Darstellung von und die Auseinandersetzung mit den Lebensumständen von Mädchen und jungen Frauen in der heutigen Zeit. An beiden Tagen werden eine Vielzahl von Vorträgen, Fachforen und Workshops angeboten, die sich im Besonderen mit den Schwerpunkten „Mädchen in den Medien", „Mädchen mit Migrationshintergrund", „Mädchen und Gesundheit" und – als zentrales Thema zur Chancengleichheit – „Mädchen und Bildung" befassen.

Neben der Wissensvermittlung und -aufbereitung durch Fachvorträge hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen ist es den Organisatorinnen der Veranstaltung ein großes Anliegen, dass nicht nur Fachfrauen über Mädchen sprechen, sondern dass auch diese selbst zu Wort kommen. Münchner Mädchen und junge Frauen wurden deshalb eingeladen, als Expertinnen für ihre eigene Lebenssituation ihre Bedürfnisse, ihre Interessen und ihre Möglichkeiten darzustellen.

Hinweis für Redaktionen: Berichterstattung ist während des gesamten Kongresses möglich und erwünscht. Das Programm wird auf Nachfrage per E-Mail zugesandt. Für die Vermittlung von Interviews mit den am Kongress beteiligten Wissenschaftlerinnen wird um vorherige Terminvereinbarung über die Pressestelle des Referats für Bildung und Sport gebeten. Kontakt: oeffarbeit.rbs@muenchen.de.

Ausstellung „München – Partner weltweit“ im Rathaus
(14.2.2011) In der Entwicklungszusammenarbeit spielt das Know-how der Kommunen eine immer größere Rolle. Die Ausstellung „München – Partner weltweit" gibt einen Überblick über Münchens Engagement in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Auf 14 Tafeln werden verschiedene Projekte der städtischen Referate vorgestellt, unter anderem die Klimabündnis-Partnerschaft mit den Asháninkas im peruanischen Regenwald, die Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami in Sri Lanka, die Aktivitäten des Projekts „Coming Home“ und Kooperationen im Rahmen der Städtepartnerschaften mit Harare und Kiew.
Die Ausstellung wurde auf der 1. Münchner Entwicklungspolitischen Börse im Alten Rathaus am 23. Oktober 2010 erstmals präsentiert und kann vom 15. Februar bis zum 4. März vor Zimmer 200 (Hauberrisser-Zimmer) im 2. Stock des Rathauses besichtigt werden.

„München: Ansichtssache?“ schließt am 15. Februar früher
(14.2.2011) Die Ausstellung „München: Ansichtssache?“ des Referates für Stadtplanung und Bauordnung ist am Dienstag, 15. Februar, ausnahmsweise bereits ab 16.30 Uhr wegen einer Veranstaltung geschlossen. Am 16. Februar öffnet die Ausstellung wieder um 11 Uhr und ist dann noch bis zum 24. Februar täglich von 11 bis 19 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen bei: Christian Fuchs, E-Mail: christian.fuchs@muenchen.de, Telefon 2 33-2 21 02.

Vortrag „Neue Solartechnik: Heizen mit Eisspeicher“
(14.2.2011) Mit gefrorenem Wasser zu heizen, klingt zunächst nach einem Widerspruch. Doch tatsächlich kann ein Eisspeicher wohlige Wärme produzieren, wie Hartmut Will von der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS) am Donnerstag, 17. Februar, bei seinem Vortrag um 18 Uhr im Bauzentrum München zeigen wird.
Latentwärme heißt der Fachbegriff, der sich hinter der Nutzung der Sonnenenergie mit Hilfe des Eisspeichers verbirgt. Beim Phasenwechsel, der Änderung des Aggregatzustandes eines Stoffes, wird sehr viel Energie gespeichert oder freigesetzt. So kann auch die Energie, die beim Schmelzen von Eis freigesetzt wird, genutzt werden. Gerade aufgrund der hohen Speicherfähigkeit und durch die Möglichkeit, auch sehr geringe solare Einstrahlungsmengen auszunutzen, ist ein Eisspeicher effizient. Zum Vortrag gibt es kostenlose Unterlagen. Außerdem werden im Anschluss zehn Klimasparbücher verlost, die neben vielen Tipps auch 120 Gutscheine für Warenrabatte aller Art in Münchner Geschäften enthalten.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto Über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon: 54 63 66 0.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 11. bis 13. Februar

(14.2.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Freitag, 11. Februar:

Einsatzzahlen:
Personal: 18 Fahrzeuge: 10
Streuguteinsatz:
Salz: 4,4 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 35.773,76 Euro

Samstag, 12. Februar:

Einsatzzahlen:
Personal: 3 Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 31.411,80 Euro

Sonntag, 13. Februar:

Einsatzzahlen:
Personal: 10 Fahrzeuge: 7
Streuguteinsatz:
Salz: 1,6 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 33.358,94 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 15
Bisherige Einsatztage: 90
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 18.157.330,22 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag. 14. Februar 2011

Leiharbeiter bei den SWM – was wusste der Aufsichtsratsvorsitzende?
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 19.1.2011

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf die Beschäftigung von Leiharbeitern durch die Stadtwerke München GmbH und Überlegungen der Geschäftsführung, eine neue Tochtergesellschaft zu gründen. Ich habe hierzu die Stadtwerke München GmbH um Stellungnahme gebeten.

Sie stellen Ihrer Anfrage folgende Vorbemerkung voran:
„Wie bekannt wurde, beschäftigen die Stadtwerke in größerem Umfang als offenbar mit dem Personal abgestimmt oder geplant Leiharbeiter. Der Betriebsrat hat dies scharf kritisiert und gerügt, dass die Pläne der Stadtwerke nicht den gefassten Beschlüssen zu Leiharbeitern bzw. den getroffenen Vereinbarungen entsprechen bzw. er nicht eingebunden war."

Frage 1:
Welche Beschlüsse und/oder Vereinbarungen gibt es bzgl. des Einsatzes von Leiharbeitern?

Antwort:
Der Betriebsrat der Stadtwerke München GmbH (SWM), Unternehmensbereich Verkehr, hatte in 2010 zuletzt der befristeten Beschäftigung von 35 Leiharbeitern im Fahrdienst Bus zugestimmt. Für weitere 11 Leiharbeiter wurde die Zustimmung des Betriebsrats beantragt. Der Betriebsrat verweigerte die Zustimmung. Die Geschäftsführung hat daraufhin am 03.01.2011 das für diesen Fall gesetzlich vorgesehene gerichtliche Zustimmungsersetzungsverfahren eingeleitet und die betreffenden 11 Leiharbeiter seit dem 10.01.2011, wie gesetzlich vorgesehen, im Rahmen einer sogenannten vorläufigen personellen Maßnahme beschäftigt. Zwischenzeitlich hat der Betriebsrat auf Basis eines neuen, zeitlich befristeten Antrags der Geschäftsführung mit Beschluss vom 24.01.2011 der Beschäftigung dieser 11 Leiharbeiter bis zum 30.06.2011 zugestimmt.

Frage 2:
Handelt(e) die Stadtwerke-Geschäftsführung in Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen?

Antwort:
Soweit die Zustimmung des Betriebsrats nicht vorlag, hat die Geschäftsführung der SWM das Zustimmungsersetzungsverfahren vor dem Arbeitsgericht eingeleitet.

Frage 3:
Wurden die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates gewahrt?

Antwort:
Ja; hierzu darf auf die Antworten zu Fragen 1 und 2 verwiesen werden.

Frage 4:
Ist der Betriebsrat gegen die Pläne vorgegangen?

Antwort:
Hierzu darf auf die Antworten zu Fragen 1 und 2 verwiesen werden.

Frage 5:
Wie sieht die Situation bei den Trambahnfahrern aus?

Antwort:
Durch ein Interessenbekundungsverfahren für einen eventuellen Rahmenvertrag sollte zunächst ermittelt werden, ob überhaupt Anbieter für die Überlassung von Tramfahrern als Leiharbeitern vorhanden sind. Eine konkrete Planung zum Einsatz von Leiharbeitern bei der Tram bestand nicht. Es sollte lediglich geprüft werden, ob die Zeit bis zu einer Entscheidung über die Neugründung einer Gesellschaft ggf. auch im Bereich der Tram mit Leiharbeitern überbrückt werden könnte. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats waren zu diesem Zeitpunkt nicht berührt. Selbstverständlich wäre bei einem konkreten Leiharbeitereinsatz auch ein entsprechender Antrag auf Zustimmung an den Betriebsrat gestellt worden.

Frage 6:
Kannte der Oberbürgermeister, der ja immerhin Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke München GmbH ist, die Pläne?

Antwort des Oberbürgermeisters:
Nein. Mir ist weder eine Planung für die Gesellschaftsgründung noch die Beschäftigung von Leiharbeitern vorgestellt worden. Beide Sachverhalte wurden mir durch die Presseerklärung von verdi vom 12.01.2011 bekannt und erst daraufhin auf Anfrage von der MVG-Geschäftsführung erläutert. Das grundsätzliche Problem des unterschiedlichen Lohnkostenniveaus bei öffentlichen Verkehrsunternehmen und deren privater Konkurrenz ist mir aber selbstverständlich seit Beginn der Liberalisierungsdebatte in der europäischen Politik bekannt. Ich habe als Präsident des Deutschen Städtetags dem Europäischen Parlament gegenüber nachhaltig darauf hingewirkt, dass den deutschen Städten das Recht, den öffentlichen Nahverkehr eigenwirtschaftlich durchzuführen, erhalten bleibt und sie nicht zu einer Ausschreibung gezwungen werden. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Allerdings muss der öffentliche Nahverkehr auch tatsächlich eigenwirtschaftlich durchgeführt werden, also seine Betriebskosten selbst erwirtschaften und ohne öffentliche Subventionen auskommen. Immer wieder habe ich, sogar bei der Maikundgebung auf dem Marienplatz, aber auch bei städtischen Empfängen für die Gewerkschaften und bei Pressegesprächen darauf hingewiesen, dass nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" eine schrittweise Annäherung von öffentlichem und privatem Lohnkostenniveau im öffentlichen Nahverkehr erreicht werden muss.

Frage 7:
Wenn ja, wie steht er als Oberbürgermeister dazu?

Antwort des Oberbürgermeisters:
Bereits in meiner Pressemitteilung vom 13. Januar 2011 habe ich deutlich gemacht, dass Leiharbeit grundsätzlich nur als Instrument zur Deckung eines vorübergehenden Spitzenbedarfs oder zur Überwindung von Personalengpässen in Betracht kommt und nicht zur Vorbereitung einer Gesellschaftsgründung, die der dafür allein zuständige Stadtrat noch nicht einmal beraten, geschweige denn beschlossen hat. Damit diese Kritik an der Geschäftsführung, die die meisten Münchner Medien zutreffend als „Rüffel" bezeichnet haben, nicht als Festlegung gegen eine Neugründung für künftige Arbeitsverhältnisse missinterpretiert werden kann, habe ich darauf hingewiesen, dass es für den Vorschlag einer Neugründung durchaus gute Gründe gibt. Diese Gründe haben übrigens in vielen deutschen Städten zu entsprechenden Lösungen geführt. In München liegen aber dem Aufsichtsrat und seinem Vorsitzenden sowie insbesondere dem Stadtrat als

Gesellschafterversammlung noch keine für eine Beschlussfassung ausreichenden Auskünfte und Unterlagen vor.
Betonen möchte ich noch, dass die Zusagen bei der Gründung der Stadtwerke GmbH, das Stadtwerkepersonal werde geschützt bleiben und es werde keine Ausgründungen geben, in vollem Umfang eingehalten und sogar durch Tarifüberleitungsverträge gesichert wurden. Von Ausgründungen, die das bestehende Personal betreffen würden, sind Neugründungen zu unterscheiden, die ausschließlich künftige Arbeitsverhältnisse betreffen, die nur unter wettbewerbsfähigen Bedingungen geschaffen werden können.

Asylbewerber in der Bayernkaserne – teure sieben Monate?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.1.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer o.g. Anfrage führen Sie Folgendes aus:
„Medienberichten und einer Presseerklärung zufolge nutzt die Regierung von Oberbayern seit 29.11.2010 ein nicht mehr genutztes Gebäude der früheren Bayernkaserne an der Heidemannstraße zur Unterbringung von Asylbewerbern – allerdings nur in ‚Zwischennutzung'. Während die ‚Süddeutsche Zeitung' (Ausgabe vom 24./26.12.2010) von einstweilen 68 untergebrachten Asylbewerbern berichtet, erklärte die Regierung von Oberbayern am 24.11.2010, eine Erstaufnahme von bis zu 130 Flüchtlingen sei geplant gewesen. Und: ‚Wir schaffen (...) voraussichtlich noch vor Weihnachten die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine maximale Kapazität von bis zu 400 Personen' (zit. nach: Pressemeldung Nr. 1049 vom 24.11.2010 der Regierung von Oberbayern).

Die ‚Zwischennutzung' des Gebäudes an der Heidemannstraße soll allerdings nur bis Ende Juni 2011 erfolgen. Nach dem endgültigen Abzug aller militärischen Einrichtungen vom Gelände der Bayernkaserne bis 01.12.2012 sollen die Gebäude dann abgerissen und das Areal für die Errichtung von rund 2500 Wohnungen genutzt werden.

Um das in Rede stehende Gebäude für die auf sieben Monate angelegte Unterbringung von Asylbewerbern nutzbar zu machen, musste es laut einem SZ-Bericht (Ausgabe vom 25.11.2010) ‚zunächst einmal wieder an die Strom- und Wasserversorgung angeschlossen werden.

Auch der Anschluss ans Abwassersystem sowie die Heizung des Gebäudes müssen aktiviert werden.' Darüber hinaus, teilte die Regierung von Oberbayern mit, wurde die ‚Ausstattung des Hauses (...) durch Maßnahmen im Sanitär-, Küchen- und Brandschutzbereich weiter verbessert' (nach: RegOb, PM 1049 vom 24.11.2011). Bis zur Herstellung der vollen Funktionalität des Gebäudes würden die Bewohner zudem durch einen Catering-Service mit warmem Essen sowie Frühstück und Abendessen versorgt."

Zu Ihrer Anfrage vom 20.01.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Inwieweit wurde zumindest der nunmehr in „Zwischennutzung" für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzte Teil des Areals der Bayernkaserne zuvor sicherheitstechnisch auf Munitionsreste hin untersucht?

Frage 2:
Inwieweit und von welcher Behörde wurde die auf nur sieben Monate angelegte Unterbringung von bis zu 400 Asylbewerbern in dem in Rede stehenden Gebäude in der Bayernkaserne zuvor unter ökonomischen Gesichtspunkten kalkuliert? Mit ggf. welchem Ergebnis?

Frage 3:
Ist die Information zutreffend, dass allein die Sanierung der Küchen- und Sanitäreinrichtungen des Gebäudes für eine geplante Nutzungsdauer von nur sieben Monaten mit Kosten von rund 300.000 Euro zu Buche schlug? Wenn nicht, wie hoch lagen diese Kosten dann?

Frage 4:
Wie wurde das Schulwegproblem für die nun in dem Kasernengebäude untergebrachten Jugendlichen gelöst?

Frage 5:
Wie entwickelt sich die Belegung des Gebäudes?

Frage 6:
Wann war die volle Funktionalität des Gebäudes hergestellt?

Frage 7:
Wohin sollen die dort für die Dauer von sieben Monaten untergebrachten Asylbewerber nach Ende der „Zwischennutzung" Ende Juni 2011 erneut umziehen?

Frage 8:
Welche neuen Standorte mit wie vielen Plätzen werden in München nach aktuellem Stand insgesamt für die Unterbringung von Asylbewerbern – insbesondere die Erstunterbringung – benötigt oder sind geplant?

Antwort auf Frage 1 bis 8:
Das Informationsrecht nach § 68 der GeschO beschränkt sich auf Auskünfte, die aus den „Akten" abrufbar sind, d.h. die sich auf bei den Referaten bereits vorhandene leicht ermittelbare Informationen beziehen. Ein An-

spruch auf Erhebungen, die die Verwaltung erst durchführen muss, besteht nicht. Dies kann auch angesichts der Personalknappheit nicht geleistet werden.

Für die Beantwortung vorstehender Fragen wenden Sie sich bitte an die hierfür zuständige Regierung von Oberbayern.

Frage 9:
Warum sind Containermodule zwar in städtischen Münchner Schulen und Krankenhäusern im Einsatz, sind Asylbewerbern aber im Gegensatz zu Münchner Schulkindern nicht zumutbar?

Antwort:
Die Haltung der Landeshauptstadt München zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Containerunterkünften wurde bereits mit Beschluss des Sozialausschusses vom 13.11.2008 (SB) zur Sitzungsvorlage 08-14 / V 01044 zum Ausdruck gebracht.
Darin wurde das Sozialreferat beauftragt, „(...) sich mit der Regierung von Oberbayern in Verbindung zu setzen mit dem Ziel, nach Möglichkeit einvernehmlich, von der, aus der Sicht der Landeshauptstadt München unzureichenden, Unterbringung von Flüchtlingen in alten Containeranlagen abzugehen und diese durch geeignetere Objekte zu ersetzen (...)."

Der Sozialausschuss beschloss ferner einstimmig, dass die Verwaltung eine Schließung aller Containerunterkünfte im Laufe von ca. 3 Jahren herbeiführen solle und dabei menschenwürdige Wohnmöglichkeiten in München gefunden werden müssten.

Das Sozialreferat teilt die Ansicht des EU-Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg, dass eine dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Containerunterkünften nicht menschenwürdig ist.

Frage 10:
Inwieweit verträgt sich die Bereitstellung eines Militärgeländes für Menschen, die vielfach durch Kriegsereignisse traumatisiert sind, mit dem Anspruch der Landeshauptstadt München, die „Flüchtlingspolitik (...) endlich [zu] humanisieren" (Antrag der Stadtratsfraktion der „Grünen/Bündnis 90/ rosa liste" vom 29.12.2008)? Ist es nicht vielmehr ein starkes Stück, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten ausgerechnet in einer ehemaligen Kaserne unterzubringen?

Antwort:
Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen-rosa liste vom 29.12.2008 bezog sich nicht auf die konkrete Auswahl von Objekten zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Auch dies liegt in staatlicher Zuständigkeit.

Für die Beantwortung der vorstehenden Frage wenden Sie sich bitte ebenso an die Regierung von Oberbayern.

Eine „Wucherbande“ aus Ex-Jugoslawien – nur die Spitze eines Eisbergs?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 14.12.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, Ihre im Betreff genannte Anfrage zu beantworten.

Die von Ihnen aufgeworfenen Fragen betreffen ausschließlich den Aufgabenbereich des Polizeipräsidiums München. Ich empfehle Ihnen daher, sich direkt an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Im übrigen darf auf den Sicherheitsreport 2009 des Polizeipräsidiums verwiesen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 14. Februar 2011

Gibt es noch Möglichkeiten, Teile der erst jetzt denkmalgeschützten ehemaligen Kuvertfabrik Landsberger Straße 444 zu erhalten?
Anfrage Stadträte Siegfried Benker und Boris Schwartz (Bündnis 90/Die Grünen)

Nachgefragt: wieder Razzia beim „Kafe Marat" – und: die Stadt als Vermieterin eines linksextremen Szene-Treffs?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 14. 2. 2011

ANFRAGE

Gibt es noch Möglichkeiten, Teile der erst jetzt denkmalgeschützten ehemaligen Kuvertfabrik Landsberger Straße 444 zu erhalten?

Bereits im Unterausschuss Kultur und Heimatpflege des Bezirksausschusses Pasing-Obermenzing am 26. 1. 2011 aber auch in der Presse vom 12./13. Februar 2011 wurde diskutiert und berichtet, dass das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege nach einer erst am 17. 6. 2010 stattgefundenen Begehung der ehemaligen Kuvertfabrik in der Landsberger Straße 444 die Denkmaleigenschaft zugesprochen hat. Der BA hatte bereits im September 2008 gefordert die Denkmaleigenschaft festzustellen. Leider sah sich das Landesamt für Denkmalschutz nicht in der Lage, die Denkmaleigenschaft vor Ende des Jahres 2010 förmlich festzustellen. Da aber durch die mehrjährige Nicht Feststellung der Denkmaleigenschaft bereits ein rechtskräftiger Bebauungsplan entstanden ist, wurde die Eintragung in die Denkmalliste jetzt zurückgestellt.

Durch dieses Vorgehen des Bayerischen Landesamtes für Denkmalschutz wurde evtl. die Möglichkeit zum Erhalt bzw. Teilerhalt der ehemaligen Kuvertfabrik vertan. Das ist bedauerlich, da die Landsberger Straße nun wirklich nicht viele Häuser mit Geschichte zu bieten hat. Wenn noch eine auch noch so kleine Chance zum Erhalt besteht, sollte diese Chance ergriffen werden.

Deshalb fragen wir:

1. Welchen Teilen der ehemaligen Kuvertfabrik wurde eine Denkmaleigenschaft zugsprochen und würden eventuell in die Denkmalliste aufgenommen werden?

2. In welchen Bereichen würde dann das unter Denkmalschutz stehende Gebäude/Gelände in den derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan eingreifen? Wie stark wäre die vierreihige Baumallee betroffen die zukünftig den Bereich des Knies mit dem Pasinger Bahnhof verbinden soll? In welchem Maße sind die Abstandsflächen des 14-stöckigen Hochhauses im Bebauungsplan 1922a zum Pasinger Zentrum betroffen? Wie wären diese Überschneidungen zu heilen?

3. Wer ist derzeit Eigentümer des Geländes?

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

4. Ist vorgesehen, aufgrund der neuen Situation, Verhandlungen mit dem jetzigen Eigentümer aufzunehmen um evtl. das Denkmal bzw. Teile des Denkmales zu erhalten?

5. Wie weit sind die Vorbereitungen zu Abbruch und Neubebauung auf dem Gelände zwischenzeitlich voran geschritten? Gäbe es genügend Zeit um Belange des Denkmalschutzes ohne Verluste für den Investor einzubringen bzw. Umplanungen zu ermöglichen?

Initiative: Siegfried Benker, Boris Schwartz
Stadträte

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
14.02.2011

Nachgefragt: wieder Razzia beim „Kafe Marat“ – und: die Stadt als Vermieterin eines linksextremen Szene-Treffs?

Das als linksextremer Münchner Szene-Treffpunkt bekannte „Kafe Marat“ in der Thalkirchner Straße 104, das mit städtischen Zuschüssen gefördert wird, kommt nicht aus den Schlagzeilen. Erst dieser Tage, im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz, kam es in den Räumlichkeiten des „Kafe Marat“ neuerlich zu einer Durchsuchungsaktion der Polizei.

Dies wirft Fragen auf:

1. Wonach wurde bei der neuerlichen Razzia im „Kafe Marat“ am 02.02.2011 gesucht? Wurden die Polizeibeamten fündig?

2. Wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet?

3. Zuletzt war der linksextreme Szene-Treffpunkt „Kafe Marat“ am 16.07.2010 Ziel einer polizeilichen Durchsuchungsaktion. Damals wurde laut Auskunft des KVR auf eine schriftliche Stadtrats-Anfrage nach eventuell vorhandenen Exemplaren der linksextremen Szene-Zeitschrift „Interim“ gesucht. Die Ermittlungen dauerten lt. KVR noch an – konnten sie mittlerweile abgeschlossen werden? Mit welchem Ergebnis? Wurde Anzeige erstattet? Gegen wen und wegen ggf. welcher Delikte?

4. Laut Auskunft des KVR firmiert als Vermieter der Räumlichkeiten des linksextremen Szene-Treffs „Kafe Marat“ in der Thalkirchner Straße 104 das Kommunalreferat der Stadt München (!). Inwieweit faßt die Stadt München angesichts wiederholter und einschlägiger linksextremer Aktivitäten des „Kafe Marat“ Überlegungen ins Auge, den Umtrieben der linken Szene in von ihr vermieteten Räumlichkeiten endlich entgegenzutreten, indem dem „Kafe Marat“ gekündigt wird? Hintergrund der Frage ist der Umstand, daß die Stadt dem rechten politischen Spektrum gegenüber weit weniger entgegenkommend ist, es vielmehr für geboten hält, Münchner Vermieter in einer ei-

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de

gens angefertigten mehrseiten Informationbroschüre der stadteigenen „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ vor möglichen „rechten“ Anmietversuchen zu warnen?

5. Wie kam die Vermietung der Räumlichkeiten in der Thalkirchner Straße an das linksextreme „Kafe Marat“ durch die Stadt zustande? Wandten sich die Betreiber des „Kafe Marat“ auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten von sich aus an die Stadt? In welchem Gremium wurde die Vermietung städtischer Räumlichkeiten an die Betreiber des linksextremen „Kafe Marat“ beschlossen? Seit wann ist der linksextreme Szene-Treff „Kafe Marat“ Mieter der Stadt München?

6. Inwieweit hielte es die Stadt aus Gründen der politischen Ausgewogenheit und Gleichbehandlung für vorstellbar, auch Interessenten aus dem politisch rechten Spektrum bei der Anmietung geeigneter städtischer Räumlichkeiten in gleicher Weise wie einschlägig bekannten Linksextremisten entgegenzukommen?

7. In der genannten Antwort des KVR findet sich unter Ziffer „II. KVR – BdR“ der Hinweis, die Stellungnahme des Polizeipräsidiums an das Kommunalreferat sei „Zur Vorlage in der nächsten Referentenbesprechung beim Oberbürgermeister wegen der politischen Brisanz [wohl: vorgesehen; KR]. Werden ggf. Zuschüsse an das ´Kafe Marat“ gewährt?´“ Wie wurde in der fraglichen Referentenbesprechung (wann?) die „politische Brisanz“ der Angelegenheit beurteilt? Welche städtischen Zuschüsse an das „Kafe Marat“, die kürzlich sogar die „Süddeutsche Zeitung“ (Ausgabe vom 05./06.02.2011) als „bemerkenswerte Tatsache“ bezeichnete, werden gewährt?

Karl Richter
Stadtrat